

### **Herz und Seele der Hessischen Polizei sind in Gefahr! Umfrage im PP Südosthessen ist ein letzter Hilferuf**

Das Ergebnis der Umfrage im PP Südosthessen ist erschreckend, aber nicht überraschend. Die von DPoIG, GdP und BDK im Personalrat des PP Südosthessen initiierte Umfrage würde in den anderen Behörden höchstwahrscheinlich genauso ausfallen. Die DPoIG Hessen hat diese Stimmungslage stets immer wiederkehrend in allen politischen Gesprächen, mit allen Fraktionen des Landtags angebracht.

Hier nochmal das Umfrageergebnis im Überblick, natürlich muss bemerkt werden, dass nur 350 von ca. 1800 teilgenommen haben:

- **85 % der Befragten geben an, in ihren Arbeitsbereichen über zu wenig Personal zu verfügen**
- **77 % der Befragten fühlen sich aufgrund der verfassungswidrigen Besoldung nicht wertgeschätzt**
- **66 % der Befragten würden das Land Hessen nicht als Arbeitgeber empfehlen**
- **58 % der Befragten befürchten Nachteile in für die eigene Karriere oder haben Angst, Kritik offen und ehrlich zu äußern**
- **Über die Hälfte der Befragten haben sich mit dem Gedanken zu kündigen auseinandergesetzt**

Dazu der Landesvorsitzende der DPoIG Hessen, Björn Werminghaus:

Zu viel Personal versickert in den Abteilungsstäben der Präsidien und den Präsidialbüros, in Führungsgruppen, in Projekten, BAO`en, Arbeitsgruppen und anderen neu geschaffenen Funktionen. Während die Arbeit in den Kommissariaten und die Belastung im Streifendienst pro Kopf immer mehr zunimmt, werden die Stellen rund um die Leitungsebenen Stück für Stück erweitert. Beim nächsten Versetzungstermin (Februar 2024) sollen zumindest in manchen Behörden noch weitere Stellen im operativen Geschäft unbesetzt bleiben, um zentrale Organisationen in den Behörden aufzublähen! **Die, die arbeiten, werden immer weniger. Die, die die Arbeitenden von der eigentlichen Kriminalitätsbekämpfung mit Formalien (PKS-Druck, internen Stellungnahmen, usw.) abhalten, werden immer mehr!**



Hier fordern wir als DPoIG eine Personal-Inventur und neue Polizeireform, die nach der letzten Reform im Jahr 2001 längst überfällig ist.

Der Dachverband der DPolG Hessen (dbb Hessen) hatte gegen die Besoldung geklagt. Die verfassungswidrige Besoldung ist dadurch bewiesen worden. Das mittlerweile auch die Regierungsfractionen das verstanden haben und erste Schritte eingeleitet hatten, reicht den Kolleginnen und Kollegen nicht, insbesondere dann nicht, wenn man im Gegenzug wegen jedem kleinen Fehler oder jeder kleinen Unzulänglichkeit mit der „großen Keule“ abgestraft wird, aber gleichzeitig verfassungswidrig besoldet wird. Man kann die Unzufriedenheit zu dem Thema nachvollziehen, auch wenn man weiß, dass es im nächsten Jahr abschließend durch Karlsruhe entschieden werden muss.

Fehler- und Führungskultur war vielleicht gut gemeint, daraus ist jedoch was anderes entstanden. Es herrscht innerhalb der hessischen Polizei nur noch die Führungskultur der Angst. Einige Führungskräfte trauen sich nicht mehr offen Kritik zu üben. Wer nicht in der Spur läuft, wird „entsorgt“, oft zwar amtsangemessen, aber dann auf einer Funktion in der „Sackgasse“, ohne Chance auf weitere Entwicklung bis zur Pension. Das macht auch nicht vor dem höheren Dienst Halt. Beispiele in jüngster Vergangenheit gibt es genug.

Wegen möglichen Fehlverhaltens einzelner muss die gesamte hessische Polizei leiden. Einige Kolleginnen und Kollegen sind mittlerweile freigesprochen worden. Rehabilitation? Fehlanzeige!

Die sogenannte Experten-Kommission, in der kein einziger aktiver Polizeipraktiker involviert war, hat Maßnahmen empfohlen, die der hessischen Polizei Herz und Seele rauben!

Steht jemand im Verdacht einen Fehler gemacht zu haben, wird er sofort von seiner Dienststelle entfernt. Fingerspitzengefühl? Fehlanzeige!

Nach und nach werden empfohlene Maßnahmen der Experten-Kommission von der Stabstelle für Fehler -und Führungskultur umgesetzt. Letztes Beispiel ist die Veränderung des Beschwerdewesen. Damit wird den Dienststellenleitern und Kommissariatsleitern der letzte Führungsfreiraum genommen. Wir haben hervorragende Kolleginnen und Kollegen im Spitzenamt, die sehr wohl eigenständig Beschwerden bürgerfreundlich und gerecht bearbeiten, eine Änderung ist nicht notwendig.

Der sogenannte **Rotationserlass** (ebenfalls eine Empfehlung der Experten-Kommission) sorgt dafür, dass zu der ohnehin hohen Fluktuation im Rhein-Main-Gebiet die polizeiliche Erfahrung im Streifendienst und in den Ermittlungsdiensten gänzlich abhandenkommt.

Im Rhein-Main-Gebiet ist jede Organisationseinheit froh, wenn sie unter 30jährige haben, die fünf bis zehn Jahre Diensterfahrung haben, denn nur so kann vernünftig ausgebildet werden. Mit dem Rotationserlass wird auch das zerstört.

Fachwissen ist gar nicht mehr gefragt. Die Personalentwicklungsmaßnahmen „alter Art“, aber auch das neue Verfahren (AQV) sorgt dafür, dass viel Personalwechsel in Führungsfunktionen stattfindet. Das gewachsene Fachwissen geht so verloren und kann auch nicht weitergegeben werden. Das scheint aber nach der neuen Führungskultur völlig egal zu sein. Wer braucht schon Fachwissen und Erfahrung!

Man könnte noch unzählige Beispiele aufführen, die zu der schlechten Stimmung beitragen. Zusammenfassend ist zu sagen: Der Polizeiberuf ist kein normaler Job. Abgesehen von unregelmäßigen Diensten und Stress erleben wir gemeinsam in unserem Beruf

- *Leid*
- *Adrenalin*
- *Angst*
- *Schicksale*
- *Trauer*
- *Freude*
- *Aufregung*
- *Traumata*
- *Ekel*
- *Erfolg*
- *Gefährlichkeit*
- *usw.*

Das Erlebte kann man nur selten mit Außenstehenden oder der Familie teilen, denn das Erlebte kann keiner nachvollziehen. Deshalb brauchen wir innerhalb der Polizei eine Familie, ja wir brauchen Kameradschaft mit Herz und Seele und die wurde mit den vielen vertrauenslosen Maßnahmen der letzten Jahre zerstört.

Der nächste Innenminister muss dafür sorgen, dass wieder Herz und Seele Platz bei der Polizei Hessen finden.

Herzliche Grüße

Björn Werminghaus

**Björn Werminghaus**

(Landesvorsitzender) 0171-76 77 44 3

Wiesbaden, 29.09.2023

Landesgeschäftsstelle:

Rheinstr. 99 – 65185 Wiesbaden – Tel.: 0611/97 45 44 04 – Fax: 0611 / 97 45 44 06 –

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de)